

Landesvorstand im Gespräch mit Innenminister Breitner

Für einen Meinungsaustausch traf sich am 8. April 2013 der DPoIG-Landesvorstand mit Innenminister Andreas Breitner im Kieler Ministerium.

Während für das IM, neben dem Minister, der stellvertretende Abteilungsleiter IV 4 (Polizeiabteilung) Leopold Fuß sowie der Leiter des zugehörigen Dezernats 44 (Personal) Jürgen Anhalt an dem Gespräch teilnahmen, wurde die DPoIG durch den Landesvorsitzenden Torsten Gronau, seinen Stellvertreter Frank Hesse sowie Ingmar Volz und Thomas Nommensen vertreten.

Als eines der vordringlichen Themen beschrieb Torsten Gronau den Bereich Personalplanung für die Landespolizei. Der Innenminister wurde um Auskunft gebeten, wie die kurz- und mittelfristigen Pläne mit Blick auf die Personalausstattung aussehen würden und ob in diesem Zuge mit Personalabbau zu rechnen sei.

Minister Breitner wies zunächst darauf hin, dass es hinsichtlich des von ihm im Rahmen eines Arbeitsgruppen-Prüfauftrages angeschobenen Themas einer denkbaren Zusammenlegung von Landespolizeiamt und Polizeiabteilung

im IM eine Entscheidung gebe. Er werde einer Empfehlung der Arbeitsgruppe, keine diesbezügliche Organisationsänderung durchzuführen, folgen.

Es werde demzufolge keine Änderung der Aufbauorganisation in der Landespolizei, sehr wohl aber eine von der AG empfohlene Veränderung bei der Ablauforganisation geben. So sei eine stetige Aufgabenkritik erforderlich, um sukzessive die Landespolizei von Aufgaben zu entlasten. Als vordringliche Aufgaben seien, so der Minister, der Bereich „Einsatz und Ermittlung“ anzusehen. Alle anderen polizeilichen Aufgaben hingegen, wie auch der Bereich Prävention und Verkehrsüberwachung, würden auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Torsten Gronau erwiderte, dass es aus Gewerkschaftssicht zwar Bereiche wie etwa Verkehrskaspar, Polizeiorchester und Tag der Landespolizei gebe, die aufgrund der von der Politik vielfach beschworenen Haushaltsnotlage verzichtbar seien. Jedoch sei gerade die Prävention eine wichtige polizeiliche Aufgabe, an der nicht gespart werden sollte.

Jürgen Anhalt ergänzte, dass es in jedem Fall entsprechend einer AG-Empfehlung einen „unantastbaren Kernbereich“ in der Prävention geben werde, der in Kürze beschrieben und umgesetzt werde.

Mit Blick auf die Personalplanung wies Andreas Breitner darauf hin, dass das Land dem



> Torsten Gronau, IM Andreas Breitner, Frank Hesse, Ingmar Volz und Thomas Nommensen (von links).

Bund gegenüber wegen der verfassungsmäßig verpflichtenden Schuldenbremse in der Pflicht sei, bis zum Jahr 2020 zehn Prozent des Personals der Landesverwaltung (also in etwa 5 000 Mitarbeiter) abzubauen.

Aufgrund der aktuell absehbaren Einstellungszahlen in 2013 und 2014 sei der Personalbestand in der Polizei zwar bis 2016 gesichert, jedoch sei nicht sicher, ob man weiterhin daran festhalten könne. Die Frage beispielsweise, wie man die vom Innenressort zu erbringenden Einsparungen beim Personal überhaupt umsetzen könne, sei völlig offen. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe, angesiedelt bei der Staatskanzlei, werde zu einer Klärung innerhalb der Landesregierung führen müssen. Minister Breitner sicherte zu, dass er versuchen werde, Personalabbau bei der Landespolizei weiterhin zu verhindern.

Torsten Gronau und Frank Hesse mahnten in diesem Zusam-

menhang beim Minister eine möglichst frühzeitige Transparenz gegenüber den Mitarbeitern der Polizei bei dennoch unvermeidbarem Personalabbau an.

Darüber hinaus sei quasi als Gegenleistung für einen denkbaren Personalabbau die vielfach beschworene Aufgabenreduzierung unabdingbar notwendig. Bei einer stetig dünner werdenden Personaldecke könne die Polizei nicht mehr alle bisherigen Aufgaben weiter erfüllen, und dem müsse endlich Rechnung getragen werden.

Eine Meinungsverschiedenheit zwischen Minister und DPoIG-Landesvorstand offenbarte sich beim Thema Abbau des ländlichen Dienstes. Gerade im Bereich der PD Itzehoe gehen damit die Schließung von zahlreichen kleineren Polizeistationen sowie ein erheblicher Personalabbau einher.

Während dieser Umstand aus Gewerkschaftssicht ein ein-

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0451.491597
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.5192221

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
ISSN 0937-4841



deutiger Rückzug aus der Fläche ist, äußerte Minister Breitner, dass es gute Gründe für die Schließung von kleinen Polizeidienststellen gebe, wo derzeit lediglich ein oder zwei Beamte/-innen ihren Dienst versehen. Wenn diese Beamten nur wenige Kilometer weiter ihren Dienstort nehmen würden und von dort aus weiterhin für den alten Bereich zuständig seien, könne man das aus seiner Sicht eher als Konzentration in der Fläche bezeichnen.

Auch das immer wichtiger werdende Thema der Gewinnung von geeignetem Nachwuchs für die Landespolizei wurde angesprochen. In diesem Zusammenhang wies Jürgen Anhalt darauf hin, dass es aufgrund einer außerordentlich hohen Einstellungszahl von 350 Anwärtern im nächsten Jahr erstmals einen zweiten Einstellungstermin am 1. Februar geben würde. Zukünftig wolle man zudem nicht nur Schulabgänger, sondern auch Berufswechsler für die Polizei gewinnen. Ergänzend äußerte IM Breitner, dass man sich über eine nicht mehr zeitgemäße und von der Kapazität nicht mehr ausreichende Liegen-

wusst sei. Bauliche Erweiterungen sowie Modernisierungen seien erforderlich und in Planung.

Der Landesvorsitzende untermauerte, dass auch die DPoIG in der PD AFB eine Liegenschaft sehe, die dringend erweitert und an zeitgemäße, moderne Bedingungen angepasst werden müsse. Der Blick in benachbarte Bundesländer zeige, dass die Unterbringung von Polizeianwärtern dort erheblich besser sei. Die Landespolizei müsse versuchen, den Anschluss beim Wettbewerb mit anderen Ländern um qualifiziertes Personal nicht gänzlich zu verlieren und bessere Rahmenbedingungen für Auszubildende anbieten. Ingmar Volz übergab dem Minister hierzu die Auswertung einer Umfrage der dbb Jugend, welche unter Auszubildenden der Landesbehörden durchgeführt wurde. Im Ergebnis wird hier von den Anwärtern/-innen unter anderem überraschend klar und deutlich Kritik an den Ausbildungsbedingungen sowie auch dem fehlenden politischen Rückhalt für den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein geübt.

Selbstverständlich wurde auch

die von MP Albig und Finanzministerin Heinold nur in sehr geringem Umfang geplante Übernahme des Tarifergebnisses (TdL 2013) für Landesbeamte thematisiert.

Immerhin gibt es derzeit kaum ein Thema, was bei den Beamten des Landes für mehr Entsetzen und Verärgerung sorgte.

Die Mitglieder des Landesvorstandes verdeutlichten Minister Breitner hier die Position der DPoIG, wonach weitere Sonderopfer für Beamte weder sachlich begründbar noch hinnehmbar sind. Eine auf fünf Jahre gestreckte Besoldungserhöhung, die nicht einmal die Inflationsrate ausgleicht, führt nicht nur zu realen Einkommensverlusten, sondern auch zu einer großen Frustration bei den Beamten in allen Besoldungsgruppen.

In diesem Zusammenhang wies Torsten Gronau darauf hin, dass das aus Sicht der DPoIG unselige Angebot von Umweltminister Habeck zur Aufnahme von Atom Müll in Schleswig-Holstein, was große und sehr kostenintensive Polizeieinsätze bei entsprechenden Castor-Transporten auslösen wird, ein krasser Widerspruch zu den

von der Regierung propagierten Einsparzwängen bei der Landesverwaltung sei.

Andreas Breitner versuchte um Verständnis dafür zu werben, dass es eine Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifergebnisses seines Erachtens nicht geben könne. Denn das würde zwangsläufig zu (weiteren) Personaleinsparungen führen. Es sei daher alternativlos, die Beamten nur teilweise an der Tarifierhöhung zu beteiligen.

Abschließend bekundete der Minister auf Nachfrage, dass die derzeit gelegentlich von NGO's, wie beispielsweise Amnesty International, thematisierte angeblich steigende „Gewalt durch Polizeibeamte“ für ihn nicht relevant sei. In Schleswig-Holstein seien etwaige Tendenzen dieser Art nicht vorhanden.

Vielmehr sei das seit Jahren auf der Tagesordnung stehende Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ sehr wohl für ihn von Bedeutung und es gelte auch weiterhin geeignete Maßnahmen zu entwickeln, diesem stetig größer werdenden Problem zu begegnen.

Thomas Nommensen

Was erlauben Albig?

Über den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst und die Weigerung der Landesregierung, diesen auf die Beamten zu übertragen, haben wir im letzten Polizeispiegel berichtet.

Es klingt schon fast wie ein Hohn, dass Ministerpräsident Albig in einem Schreiben an die „Beamtinnen und Beamten der Landesverwaltung Schleswig-Holstein“ vom 22. März 2013 seine Überzeugung erklärt,

dass die gut 13 000 Beamtinnen und Beamten der unteren und mittleren Einkommensgruppen A2 bis A11 ein wachsendes Problem haben, mit ihrem Gehalt bei steigenden Lebenshaltungskosten klarzukommen. Und schlägt am Ende auch für diese Gruppen eine deutlich verzögerte Übernahme des Tarifergebnisses vor. Unter Abzug der 0,2%igen Versorgungsrücklage und des Zeit-

verzuges kommen selbst bei den Gruppen, die den MP angeblich besonders sorgen, Gehaltssteigerungen unter der anzunehmenden zweiprozentigen Inflationsrate zustande.

Nähere Ausführungen zur Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung nach 40 Dienstjahren und der Senkung der Eigenbeteiligung um eben die 40 Euro, die jedem gesetzlich Krankenversicherten nach

Wegfall der Praxisgebühr nicht mehr abverlangt werden, erspare ich mir lieber.

Wenig überzeugend sind dann Darstellungen aus der Politik, diese „Sparmaßnahmen“ seien alternativlos. Die drohende Haushaltsnotlage und die Schuldenbremse sind als Argumente überstrapaziert. Viel-





Foto: SPD Schleswig-Holstein

mehr beschleicht einen das Gefühl, für politische Imageprojekte ist Geld vorhanden, für die

angemessene Alimentation der Landesbeamten nicht. Wie sonst ist zu erklären, dass noch im Zuge der Bezügediskussion Umweltminister Habeck sich um die hochproblematische Zwischenlagerung von Kernbrennelementen „bewirbt“. Derartige Transporte gegen zu erwartende Proteste durchzusetzen, dürfte die Mehrkosten für eine Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamte um ein Vielfaches übersteigen.

In der verbeamteten Belegschaft des Landes Schleswig-Holstein macht sich neben Frust und Wut auch zunehmend Resi-

gnation breit. Und das ist viel gefährlicher als wütende Beamtenproteste vor dem Landeshaus, die die Politik ja sowieso gemächlich aussitzt und notfalls durch den Hinterausgang verschwindet. Jedenfalls ist es eine gefährliche Abwärtsspirale, denn mangelnde Wertschätzung führt zu geringerer Leistungsbereitschaft.

Jedenfalls haben die Beamtinnen und Beamten die Haushaltslage nicht verschuldet, insofern sind sie nicht durch dauernde Sonderopfer in Haftung zu nehmen. Seit Jahren gibt es Vorschläge des Beamtenbundes, die Einnahmesituation

zu verbessern, indem der Staat nicht leichtfertig auf seine ihm zustehenden (Steuer-)Einnahmen verzichtet. Würde der Staat sich deutlich mehr engagieren im Bereich Steuerfahndung, Wirtschaftskriminalität und Vermögensabschöpfung bei Kriminellen ... Aber, ist ja schon tausendmal gesagt und nie umgesetzt. Aber dann soll man aufhören, uns was von „alternativlos“ erzählen zu wollen.

Bei uns kommt an: „Ihr seid es uns nicht wert!“

Kommentar von
Torsten Gronau,
Landesvorsitzender

Hurra, hurra – die Zahl der Straftaten ist wieder gesunken! So einfach?

So oder ähnlich berichten in diesen Tagen die Gazetten und vermuten einen möglichen Personalabbau für die Polizei.

Tatsächlich sind es – mathematisch korrekt – dieses Mal 3,5 Prozent weniger registrierte Delikte in Schleswig-Holstein für das vergangene Jahr, wie der Innenminister bei der Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) jetzt auswies. Dieser Rückgang ist zwar erfreulich, es bleiben aber in absoluten Zahlen 212 000 Straftaten, die nach den Regeln dieser Statistik zu konstatieren sind. Anerkennenswert ist auch der Dank des Herrn Innenministers für den Einsatz und das Engagement der Kolleginnen und Kollegen. Es sind 7 800 Zähler weniger pro Jahr – aber immer noch 581 statt etwa 600 pro Tag! Ein wesentlicher, dimensionaler Unterschied? Nein, das allein wirkt weiter schwer.

Auch die Kommentare der Journalisten sind teilweise bedenklich. Der Rückgang

wird nunmehr überwiegend bei der demografischen Entwicklung der Bevölkerung vermutet und es wird sogar gegangewöhnt, Personalabbau sei deshalb und zukünftig wegen der eindeutigen demografischen Entwicklung noch erfreulicher denkbar. Denn ältere Menschen begehen seltener Straftaten – dahingestellt! Nochmals und nicht oft genug kann es offenbar erklärt werden – die Polizei, insbesondere in Schleswig-Holstein, benötigt schon seit Langem für die Vielzahl der verschiedenen Aufgaben, von denen Strafverfolgung, also Reaktion, sicherlich eine gewichtige ist, mehr Personal.

Die vornehmste Aufgabe bleibt aber Gefahrenabwehr, ich schließe nach polizeilichem Selbstverständnis Kriminalitätsverhütung mit ein. Zudem darf bei Sicherheits-

lagebetrachtungen auch die Gefährdung der Bevölkerung durch Verkehrsdelinquenz (die zur PKS ja gar nicht erfasst wird), die uns alle regelmäßig potenziell mehr betrifft, einmal mehr eben nicht außer Acht gelassen werden. Dass diese dazu als Massendelikte zu großen Teilen mit der Bezeichnung als Ordnungswidrigkeiten – und damit als scheinbar geringwertiger oder gar harmlos – deklariert sind, ändert an ihrer nicht selten schwerwiegenden Bedeutung nichts.

Und übrigens, innere Sicherheit und notwendige Stärke der Polizei sollten und müssen bei aller Unabweisbarkeit auch einer gewissen Bedeutung von Statistiken und Zahlenwerken letztlich auch unabhängig davon mit einer bescheiden gesprochen „vertretbaren“ Mindestpräsenz

gemessen werden. Es heißt stets, ständig und überall einfach für die Bürger da zu sein, um Aufgaben aller Facetten jeweils sach- und zeitangemessen begegnen zu können. Unser Produkt ist Sicherheit oder zumindest ein deutliches Mehr davon.

An den polizeifachlichen Beurteilungen dieses Themas kann man zweifeln, ernst nehmen sollte man sie schon. Es gilt natürlich letztlich der Primat der Politik.

Wenn der Innenminister Herr Breitner jetzt sagt, 2014 werde (wohl) Personalabbau nicht passieren, reicht das nicht aus. Es geht nicht um den Status quo, es geht um hinreichende Personalausstattung auf Dauer.

Jochen Einfeldt,
stellvertretender
Landesvorsitzender





Vorstellung der DPolG-Stiftung

Regionalseminar für Sicherheitsbehörden des Deutschen Ju-Jutsu-Verbandes (DJJV)

Am 9. März 2013 konnte der Behördensportbeauftragte des SHJJV, Kai-Uwe Nielsen, 20 Teilnehmer verschiedener Behörden zum ersten Regionaltraining des DJJV Justiz in der Einsatztrainingsstätte der Polizeidirektion Itzehoe in Albersdorf, Dithmarschen, begrüßen.

Nachdem er die Grüße des Ehrenpräsidenten des DJJV, Herrn Dietrich Brandhorst, und die des Behördenleiters der Polizeidirektion Itzehoe, Herrn Leitenden Polizeidirektor Norbert Trabs, überbracht hatte, konnte das Training beginnen.

Kai-Uwe Nielsen freute sich über die bunte Mischung der Teilnehmer. So waren Vertreter aus den Bereichen Justiz, Zoll, Bundespolizei, Polizei Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein anwesend. Ebenso aus verschiedenen Einsatzbereichen, vom Schutzpolizisten, Polizeitrainer über Wasserschutzpolizisten bis hin zum Kriminalbeamten war alles vertreten, auch die Justiz war durch verschiedene Aufgabengebiete vertreten. Diese Mischung versprach schon im Vorfeld einen interessanten Erfahrungsaustausch.

Bevor das Training begann, stellte Kai-Uwe Nielsen die DPolG-Stiftung den Teilnehmern vor. Gerade Einsatztrainer haben immer wieder Berührungspunkte mit Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst verletzt werden oder extreme Situationen erleben mussten. So ist es wichtig, dass dieser Personenkreis über die Arbeit der Stiftung etwas er-

fährt und weiß, wie die Stiftung im Einzelfall helfen kann. Im Seminar wurden drei Themenbereiche den Teilnehmern als Stationstraining angeboten. Thorsten Ziehm von der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung Eutin brachte einen hochinteressanten Beitrag zum Thema unbeabsichtigte Schussabgabe und Stressfaktoren im Einsatz. In seiner ganz eigenen Art fesselte er seine Zuhörer.

Dann ging es in die Praxis. Jörg Schönfeld, hauptamtlicher Einsatztrainer der Polizeidirektion Itzehoe, bearbeitete das Thema rund um den Schutzschild. Hier wurde auch aktiv mit dem neuen ballistischen Schutzschild der Polizei Schleswig-Holstein gearbeitet. Aber auch die Einsatzmöglichkeiten des Kunststoffschildes gegen Randalierer in der Zelle wurden trainiert. Hier konnte es in den beiden Übungszellen des ETS, mit Jörg als Störer und Trainer, richtig zur Sache gehen.

Kai-Uwe Nielsen, ebenfalls hauptamtlicher Einsatztrainer der Polizeidirektion Itzehoe, zeigte Trainingsmöglichkeiten zum Thema „Stimme und Einsatztechniken“. Er stellte Trainingsmöglichkeiten vor, die Stimme, zusammen mit der Eingriffstechnik, im Einsatzstress zu automatisieren. In einigen Übungen wurden körperliche Belastung, Stimmeneinsatz und sichere Handhabung der Einsatzmittel gleichzeitig abgefordert. Aber auch der Einsatz der Stimme, zur Beeinflussung der Steuerfunktion des Kopfes und des

Körpers während einer Technikausführung, wurde demonstriert und trainiert.

Nach fünf Stunden Training stellte Kai-Uwe Nielsen beruhigt fest, dass sich keiner ernsthaft verletzt hatte, nur Jörg wies ein paar Schrammen im Gesicht auf. Alle waren sich einig, dass diese Regionalseminare eine gute Bereicherung sind. Besonders gelobt wurde, dass man die Erläuterungen im Vortrag von Thorsten Ziehm im praktischen Training bei Jörg

und Kai wiederfand. Alle Teilnehmer würden gerne zu einer Folgeveranstaltung kommen, und Kai-Uwe Nielsen versprach, das nächste Mal ein Ganztagesseminar. Der DJJV bedankt sich bei der Behördenleitung der Polizeidirektion Itzehoe für die Bereitstellung der Einsatztrainingsstätte, denn ohne die Zusammenarbeit mit den Behörden könnte man diese Seminare nicht durchführen.

Kai-Uwe Nielsen

Und plötzlich war nichts mehr, wie es war

Inge Jungermann



Fassungslos und ungläubig musste der Landesvorstand der DPolG am 22. März 2013 die Nachricht des plötzlichen und unerwarteten Todes der Geschäftsstellenleiterin der DPolG, Inge Jungermann, verkraften.

Am 21. März wirbelte sie noch in der ihr eigenen Dynamik auf der Geschäftsstelle inmitten der Vorbereitungen für das alljährliche „Fest mit der Polizei“ im Kieler Yachtclub. Etwas erkältet, aber ansonsten voller Eifer und Engagement, versah sie ihren Dienst, so wie immer. Und plötzlich, am nächsten Morgen, erreichte uns die schreckliche Nachricht, dass Inge Jungermann nicht wieder aufgewacht ist.

Viele, die mit Inge Jungermann zu tun hatten, vermissen eine lebenslustige und besondere Frau, die für die DPolG Schleswig-Holstein mehr als eine Geschäftsstellenmitarbeiterin war. Sie war ein Original mit ihrer mannheimischen Mundart im hohen Norden. Sie war ein Aushängeschild. Und sie war die gute Seele.

Wir danken Inge Jungermann für die vielen Jahre der Treue. Sie wird in unseren Herzen und in unseren Gedanken weiterleben.

Im Namen des Landesvorstands

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*